

Nr. 5 - HAUPTAUSSCHUSS DES AMTES KISDORF vom 05.02.2026

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:49 Uhr, Kattendorf, Amtsverwaltung

Gesetzliche Mitgliederzahl: 9

Anwesend und stimmberechtigt:

Bgm. Tobias Böttcher - Amtsvorsteher

Bgm'in Yasmin Karamfilov-Thies

Bgm. Thorsten Barth

Bgm'in Birga Kreuzaler

Bgm. Andreas Doose

Stellv. AM Norbert Roll für Bgm. Matthias Möller

Bgm. Rainer Ahrens

Stellv. AM Jens Dürkop für Bgm. Malte-Onno Duis

Bgm. Rüdiger Schimkat

Nicht stimmberechtigt:

Amtsdirektorin Susanne Madetzky, Amt Kisdorf

Stellv. Ausschussmitglied GV Otmar Minnemann

Stellv. AM Andreas Lübker

bis einschließlich TOP 7

Stellv. AM Udo Mohnsen

Herr Wittkowski, Amt Kisdorf – Protokollführer

Herr Ostrowski, Amt Kisdorf

Frau Nenz, Amt Kisdorf

Frau Finnern, Amt Kisdorf

Herr Siewert, Amt Kisdorf

Frau Soukup – Gleichstellungsbeauftragte

Die Mitglieder des Hauptausschusses des Amtes Kisdorf wurden durch schriftliche Einladung vom 22.01.2026 auf Donnerstag, den 05.02.2026, unter Zustellung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden öffentlich bekannt gemacht.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beratung und Beschlussfassung über evtl. Einwände gegen die Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 06.11.2025
3. Beratung und Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Beratungspunkten
4. Mitteilungen
 - a) des Vorsitzenden
 - b) der Verwaltung
 - c) der Gleichstellungsbeauftragten
5. Fragen der Ausschussmitglieder
6. Vorstellung des Verwaltungsberichts für das Jahr 2025
7. Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Änderung der Entschädigungssatzung
8. Bericht über die Raumsituation der Verwaltung und mögliche Handlungsoptionen sowie Beratung und ggf. Beschlussfassung - ***voraussichtlich nichtöffentlich***
9. Personalangelegenheiten / Verwaltungsorganisation - ***voraussichtlich nichtöffentlich***
10. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2026 des Amtes Kisdorf mit Haushaltsplan sowie dem Stellenplan 2026
11. Einwohnerfragestunde

Sitzungsniederschrift

Öffentlicher Teil

TOP 1**Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Amtsvorsteher Tobias Böttcher eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2**Beratung und Beschlussfassung über evtl. Einwände gegen die Niederschrift über die 4 öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 06.11.2025**

Nach Zustellung der Niederschrift Nr. 4 vom 06.11.2025 wurden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt somit als gebilligt.

TOP 3**Beratung und Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Beratungspunkten**

Die Tagesordnung wird nach § 3 Abs. 5 GeschO wie folgt erweitert bzw. geändert:

Amtsvorsteher Tobias Böttcher beantragt TOP 8 „Bericht über die Raumsituation der Verwaltung und mögliche Handlungsoptionen sowie Beratung und ggf. Beschlussfassung“ und TOP 9 „Personalangelegenheiten / Verwaltungsorganisation“ in Nichtöffentlichkeit zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 4

Mitteilungen

a) des Vorsitzenden

Amtsvorsteher Tobias Böttcher hat keine Mitteilungen.

b) der Verwaltung

Die Amtsdirektorin Frau Madetzky berichtet über folgende Punkte:

- Das wichtige Projekt Einführung eines Ratsinformationssystems (RIS) wurde gestartet. Das Projektteam, bestehend aus einer Mitarbeiterin aus der Gremienbetreuung, der Digitalisierungsmanagerin und dem Bereich IT hat sich unterschiedliche Systeme bei anderen Verwaltungen angesehen und ein Anforderungsprofil erstellt. Die Ausschreibung ist in Vorbereitung und soll im 1. Halbjahr 2026 durchgeführt werden.
- Die neuen Kolleginnen und Kollegen im Team der Amtsverwaltung werden vorgestellt:
 - Frau Michalowski (Team II Bauen & Ordnung): als geprüfte Abwassertechnikerin
 - Herr Erkelenz (Team II Bauen & Ordnung): als Fördermittel- und Energiemanager
 - Frau Lambert (Team III Finanzen): für die Anlagenbuchhaltung
 - Frau Stroh (Team III Finanzen): für die Umsatzsteuerangelegenheiten
 - Frau Meinke (Team III Finanzen): für die Finanzbuchhaltung nach einem erfolgreichen Abschluss ihrer verkürzten Berufsausbildung.

Die Stelle für die Gebührenkalkulation ist weiterhin vakant.

- Die Arbeiten an der Erstellung der Jahresabschlüsse sind bis einschließlich 2024 abgeschlossen. Ausstehend sind noch die Beschlüsse durch die Gremien ab dem Jahr 2015. In Abstimmung mit der Kommunalaufsicht sollen diese bis zum 30.06.2026 nachgeholt werden.
- Die Unterbringung von obdachlosen und geflüchteten Menschen ist weiterhin eine sehr große Herausforderung. Der Mietvertrag für die große Unterkunft in Kisdorf konnte am heutigen Tag auf unbefristete Zeit verlängert werden. Dort sind aktuell 25 Menschen untergebracht. Die befristet erteilte Nutzungsänderung muss nunmehr verlängert werden. Der betreffende Bauantrag ist bereits in Vorbereitung. Auch der anderweitig angemietete Wohnraum ist teilweise durch Menschen belegt, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus und der Möglichkeit zur Teilnahme am Erwerbsleben, eigenen

Wohnraum haben sollten, jedoch keinen finden. Damit werden Unterbringungskapazitäten für anstehende Zuweisungen blockiert und das Amt zu weiteren Anmietungen gezwungen.

- Im Rahmen der Integrationsarbeit fand in der großen Unterkunft in Kisdorf ein gelungenes Treffen zwischen Ehrenamtsteam und den hier nach Flucht angekommenen Menschen statt. Das Treffen war sehr gut besucht und wurde als sehr positiv empfunden. Ein gleichartiges Treffen wurde auch in Sievershütten durchgeführt. Frau Finnern berichtet hierüber.
- Die Amtsbroschüre des Amtes Kisdorf wurde im vergangenen Jahr neu erstellt und an die Haushalte im Amtsgebiet verteilt. Werbepartner haben über den Erhalt von gefälschten bzw. Spam-Nachrichten berichtet, der Verlag ist hierüber informiert und hat entsprechend reagiert.
- Für das Amt, die Gemeinde Kisdorf und den Schulverband wurde im Zeitraum von April 2025 bis Dezember 2025 in Zusammenarbeit mit der Fa. Allevo ein Stellenbewertungsverfahren durchgeführt. Diese bilden nunmehr eine aktuelle und verlässliche Grundlage für die Eingruppierungen und können bei Veränderungen von Aufgaben schnell aktualisiert werden. Die Notwendigkeit der Bewertungen wird begründet und der Prozessablauf im Einzelnen vorgestellt. In etwa drei Viertel der Fälle wurde die Richtigkeit der Eingruppierung bestätigt. Im Übrigen wurden die Stellenbewertungen angepasst und im Stellenplan 2026 berücksichtigt.
- Die Einzelverfahren zum Thema Feuerschutzsteuer / Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sind für die Gemeinde Sievershütten und das Amt rechtlich abgeschlossen. Für die Gemeinden Kisdorf und Struvenhütten läuft das Verwaltungsverfahren noch. Die Beteiligung an den Kosten für die Durchführung der Musterprozesse, durch die zu Beginn des Verfahrens initiierte Solidargemeinschaft, steht noch aus.

c) der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Soukup berichtet, dass sie an allen Einstellungsverfahren und Vorstellungsgesprächen beteiligt war und äußert ihr Erschrecken darüber, dass einzelne Bewerberinnen und Bewerber offenbar nur wenig Vorstellungen über den jeweiligen Aufgabenbereich haben.

d) des Personalrats

Herr Siewert erinnert an die neue Dienstvereinbarung Hunde und berichtet, dass die Mitarbeitenden die Möglichkeit ihre Hunde zur Arbeit mitzubringen, gut annehmen. Die bisherigen Erfahrungen sind gut und es gibt keine negativen Rückmeldungen aus der Belegschaft. Ein neues Thema für 2026 wird im Personalrat die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) sein.

TOP 5

Fragen der Ausschussmitglieder

5.1. Hunde in der Verwaltung

Das Stellv. Ausschussmitglied Otmar Minnemann fragt, wie viele Hunde an einem Tag in der Verwaltung dabei sind.

Herr Siewert antwortet: zwei bis drei.

Bürgermeister Rüdiger Schimkat fragt, ob diese Dienstvereinbarung auch für die Besucherhunde gilt.

Frau Madetzky verneint dies und weist darauf hin, dass Besucher schon vorher ihre Hunde in die Verwaltung mit reinnehmen konnten.

5.2 Stellenbewertungen / Jahresabschlüsse

Bürgermeister Thorsten Barth dankt für die Durchführung der Stellenbewertungen und äußert seine Anerkennung für die schnelle Durchführung dieses größeren Projektes. Bezüglich der Jahresabschlüsse 2015 - 2024 fragt er nach dem weiteren Vorgehen und dem Zusammenhang mit den Haushalten 2026.

Herr Ostrowski und Frau Madetzky antworten, dass diese Jahresabschlüsse für die Finanzausschüsse vorbereitet werden und im Anschluss auch von der Gemeindevertretung beschlossen werden müssen. Ein Zusammenhang zwischen diesen Beschlüssen und der Haushaltssatzung 2026 besteht dabei nicht.

5.3 Verkehrsschauen

Bürgermeister Rüdiger Schimkat spricht die durchgeführten Verkehrsschauen mit der Kreisverwaltung Segeberg an und fragt, ob es hierzu Protokolle gibt.

Frau Nenz verneint dies. Die Verwaltung wartet ebenfalls.

5.4 Amtsbroschüre

Das stellv. Ausschussmitglied Otmar Minnemann fragt, wann die Verteilung der Broschüren erfolgt ist. Er selbst hat keine erhalten.

Frau Madetzky teilt mit, dass die Broschüren im Spätsommer 2025 durch die Deutsche Post verteilt wurden. Die Mitglieder des Hauptausschusses berichten, dass die Verteilung offenbar nicht überall geklappt hat. In Oersdorf hat die Verteilung anscheinend gar nicht funktioniert und ebenfalls in Teilen von Struvenhütten, Stukenborn und Wakendorf II.

Frau Madetzky nimmt diese Rückmeldung noch einmal auf. Sie weist zusammen mit Herrn Siewert darauf hin, dass noch Exemplare in der Verwaltung erhältlich sind die Broschüre auch auf der Homepage des Amtes zur Einsicht bereitsteht.

TOP 6

Vorstellung des Verwaltungsberichts für das Jahr 2025

Die Amtsdirektorin Frau Madetzky stellt den Verwaltungsbericht für 2025 vor und verteilt diesen an die Mitglieder des Hauptausschusses. Sie weist darauf hin, dass dies noch ein vorläufiger Jahresbericht im

Entwurfsmodus ist und sich das Berichtswesen weiterhin im Aufbau befindet. Der vorgelegte Bericht weist daher noch Lücken auf. Entsprechend des Beschlusses des Hauptausschusses vom 18.12.2024, TOP 8, wird das Berichtswesen im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten aufgebaut.

TOP 7

Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Änderung der Entschädigungssatzung

- Protokollauszug: Team I

Mit Verordnung vom 10.11.2025 zur Änderung der Entschädigungsverordnung hat das Land Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 01.01.2026 eine unerwartet hohe Anpassung der Höchstsätze vorgenommen, die deutlich über eine allgemeine Preissteigerung hinausgeht und insbesondere einer höheren politischen Wertschätzung und Anerkennung des kommunalen Ehrenamtes dient. Diese Anpassungen sind grundsätzlich positiv zu sehen und zu begrüßen, haben aber auch direkte und deutliche Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Der SHGT hatte hierüber informiert.

Mit Blick auf die Haushaltslage werden anhand der Anlage die Auswirkungen für das Amt, weitere Optionen als Diskussionsvorlage und Möglichkeiten zur Minimierung der Haushaltsbelastung dargestellt. In der Sitzung wird Gelegenheit gegeben, die Entschädigungssatzung durch Veränderung der Prozentsätze zu ändern. Die Anlage ist dem Original der Niederschrift beigelegt und wird in der Sitzung durch eine weitere Anlage für die Entschädigung des Amtsvorstehers und der Gleichstellungsbeauftragten ergänzt und erläutert.

In der Aussprache sprechen sich mehrere Ausschussmitglieder für die Option 2 und damit das betragsmäßige Beibehalten der bisherigen Entschädigungssätze aus. Die Steigerung in der Entschädigungsverordnung durch das Land Schleswig-Holstein findet dabei wenig Zustimmung, verschiedene Argumente werden ausgetauscht. Im Ergebnis einigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses auf die Option 2.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die Entschädigungssatzung in Form der Anpassung der Entschädigungssätze gemäß der vorgelegten Option 2 zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Damit hat der Hauptausschuss im Ergebnis die Beibehaltung der bis Ende 2025 geltenden Betragshöhen für die Sitzungsgelder der Ausschüsse des Amtsausschusses und die Entschädigungszahlungen des Amtsvorstehers und der Gleichstellungsbeauftragten beschlossen.

Der Amtsvorsteher stellt die Nichtöffentlichkeit her. Das stellv. Ausschussmitglied Otmar Minnemann äußert Unmut und Protest, dass er den Raum verlassen muss, da kein Vertretungsfall vorliegt. Er möchte als

Stellvertreter den gleichen Zugang zu Informationen wie ein Ausschussmitglied haben. Die Rechtslage nach Amtsordnung wird kurz erläutert (Fehlender Verweis auf § 46 GO in § 24 AO).

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Der Ausschluss des stellvertretenden Ausschussmitglieds war rechtsfehlerhaft. Der notwendige Verweis auf § 46 Abs. 6 GO ist in § 10a Abs. 5 AO enthalten. Damit sind den Stellvertretern die vollständigen Sitzungsunterlagen zuzustellen und die vollständige Sitzungsteilnahme zu gewähren.

Ende des öffentlichen Teils / Nichtöffentlicher Teil wird nur an Berechtigte versendet.

Nichtöffentlicher Teil

TOP 8

Bericht über die Raumsituation der Verwaltung und mögliche Handlungsoptionen sowie Beratung und ggf. Beschlussfassung

TOP 9

Personalangelegenheiten / Verwaltungsorganisation

Der Amtsvorsteher stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Öffentlicher Teil

Die unter TOP 8 und 9 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2026 des Amtes Kisdorf mit Haushaltsplan sowie dem Stellenplan 2026

- Protokollauszug: Team III

Herr Ostrowski informiert über den Haushalt 2026 und erläutert diesen anhand einer Power Point Präsentation, die dem Original dieser Niederschrift beigelegt ist. Er geht hierbei auf den Ergebnis- und Finanzplan ein, erläutert die Haupteinnahmen und Hauptausgaben und stellt die Investitionen dar.

Anschließend beantwortet Herr Ostrowski die aufkommenden Fragen und erläutert diese im Detail.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss den Haushalt 2026 einschließlich des Stellenplanes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 11

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Amtsvorsteher Tobias Böttcher schließt die Sitzung um 20:49 Uhr.

gez.: Helge Wittkowski
Protokollführer

Tobias Böttcher
Amtsvorsteher